



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Cleinow, George: Russische Briefe. 5. Polnisches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Russische Briefe

Von George Kleinow

5

Polnisches



anz Rußland schien im Februar von dem Geschrei der Wahlagitation widerzuhalten. Schien! denn tatsächlich beschäftigte sich höchstens der zehnte Teil der wahlberechtigten Bevölkerung mit den Wahlen. Nur die dünne Schicht der politischen Intelligenz, einige wenige Arbeiter in den großen Städten und die Polizei waren bei der Sache, alle andern Kreise empfanden in der Wahlzeit höchstens eine unangenehme Unterbrechung in den Vergnügungen der Wintersaison. „Wie war es doch in Rußland vordem mit den Heinzelmännchen der Bürokratie so bequem!“ Die große Masse geht dem Verdienst nach, die obern Zehntausend trainieren sich für die Anstrengungen der Butterwoche. Aber die Zeitungen und ihre Leute — die schreien. Man kann nicht sagen, daß dieser Gemütszustand der Gesellschaft zur Beruhigung der Regierung dienen sollte. So natürlich er ist, so sehr gerade durch ihn das Vertrauen der gewerblichen Kreise gegen Stolypin und seine Politik zum Ausdruck kommt, ist er es gerade, der die Stimmung in der Gesellschaft und die in ihr ruhenden Gefahren verschleiert und darum eine einheitliche Wahltaktik nach europäischem Muster für die verantwortliche Regierung unmöglich macht. Das klingt paradox — muß aber als zutreffend anerkannt werden, wenn wir berücksichtigen, daß die russische Presse in ihren wichtigsten Teilen in den Händen von überzeugten Oppositionsmännern ist. Hier liegt der Regierung schwächster Punkt. Die oppositionellen Parteien haben unter der Unsicherheit weniger zu leiden, weil sie wenigstens einen Menschen in jedem Ort haben, auf den sie sich unbedingt verlassen können. Diesen einen Menschen hat die Regierung nicht. Viele hohe Provinzialbeamte sind ausgesprochene Gegner der Konstitution — also auch der gegenwärtigen konstitutionellen Regierung. Die meisten höhern Beamten der Justiz, der Finanzverwaltung und der Verkehrseinrichtungen sind im Grunde ihres Herzens liberal, und nur der

Antifemitismus oder die Gegnerschaft gegen die Fremdvölker halten den einen oder den andern vom Anschluß an die konstitutionell-demokratische Partei ab. Die gesamten Unterbeamten in allen Regierungsinstitutionen sind versteckt revolutionär. Wenn gegenwärtig nicht gestreift oder sonst irgendwie oppositionell aufgetreten wird, so geschieht es unter dem Druck materieller Verhältnisse. Ebenso ist es mit den Dorfgeistlichen und Volksschullehrern. Auf Grund einer nachgeprüften Angabe beträgt die Zahl der organisierten weißen (niedern) Geistlichen 3122 von etwa 60000. Dabei muß aber in Betracht gezogen werden, daß sich die Gruppe allein innerhalb der ersten sechs Wochen von 1907 um 600 Personen geistlichen Standes vermehrte. Die Gruppe wird wahrscheinlich gerade in den Wochen vor den Wahlen noch bedeutend gewachsen sein, da der Heilige Synod den allgemein beliebten Prediger Georgi Petrow wegen seiner Zugehörigkeit zur liberalen Sjemstwoorganisation gemäßregelt hat.

Ausschlaggebend für die Wahlen ist das bäuerliche Element. Über diesen Teil der Gesellschaft kann nur gesagt werden, daß kein Mensch über seine politische Stimmung unterrichtet ist. Im allgemeinen hat in den rein russischen Gebieten und den von Mohammedanern bewohnten des Ostens die sozialrevolutionäre Lehre tiefe Wurzeln geschlagen. Im Westen haben die Sozialrevolutionäre keinen bleibenden Einfluß auf die Massen — dort spielen die Sozialdemokraten in den Städten und die verschiedenen Nationalisten auf dem platten Lande die größere Rolle. Diese beiden politischen Interessengebiete werden getrennt etwa durch die Linie St. Petersburg—Kamenez—Podolsk an der österreichischen Grenze.

In der Agrarfrage, die schließlich doch die Bauernschaft zur politischen Stellungnahme veranlassen muß, tritt die gebildete Gesellschaft immer zahlreicher dem die Verstaatlichung des Ackerlandes vorbereitenden Programm der Kadetten bei — neuerdings auch solche an sich konservative Männer wie Graf Heyden und Schipow. Man hat den landwirtschaftlichen Großbetrieb recht verachten gelernt, denn er war niemals in Rußland die Quelle ständischer Sittengesetze, niemals das Fundament des Staats, wie bei den Völkern des Abendlandes, sondern nur das Werkzeug zur Ausbeutung der Massen, wie die Fabrik der Merkantilisten, die eine viel größere Rolle auf dem Lande spielt als in Deutschland. Die Industrialisierungspolitik der letzten fünfundzwanzig Jahre mit ihrem schädlichen Gefolge von Spekulanten aus aller Herren Ländern, die Leichtigkeit, mit der an den Börsen Geld verdient werden konnte, hat den Großgrundbesitzer seine Scholle mißachten gelehrt. Da nun die Agrarfrage der Angelpunkt der Situation ist, die Regierung aber auf eine Mehrheit aus Russen für ihr Agrarprogramm nicht rechnen kann, wird ihr nichts andres zu tun übrig bleiben, als entweder vor dem politiktreibenden Teil der Gesellschaft zu kapitulieren oder aber mit konstitutionellen Fremdvölkern — Deutschen und Polen — gegen eine agrarsozialistische Mehrheit und eine antikonstitutionelle Minderheit zu regieren. Unter solchen allgemeinen Verhältnissen interessiert darum die Lage im Westgebiet besonders. Von den Deutschen ist leider nicht viel zu erwarten. Leider!

Durch ihre geradezu unverständliche Taktik in den letzten zwei Jahren haben sie sich zwischen zwei Stühle gesetzt. Ich habe schon früher auf die Gefahr hingewiesen — und wurde infolgedessen der Deutschfeindlichkeit bezichtigt. Aber entscheide der Leser selbst! Bei den ersten Wahlen schlossen sie sich einer Organisation an, mit der sie einen Deutschenfeind wie Budilowitsch wählen mußten, und bei der zweiten Wahl bleiben sie ihr treu, obgleich sie keine Aussicht hat, auch nur einen deutschen Kandidaten in die Duma zu entsenden. *) Die Deutschen in Rußland haben keine politischen Führer. Der letzte von ihnen, Paul von Kugelgen, starb im Herbst 1904 — ein kampferprobter Mann. Die Emigranten, die Pobedonostzew's Haß aus der Heimat vertrieb, haben in Deutschland und in Frankreich Unterkommen gefunden. Aber während auf den ersten Mann die russischen, polnischen, litauischen, jüdischen, lettischen Emigranten auf ihre Posten in der Heimat zurückeilten, da blieben die Deutschen in der neuen Heimat. Ich spreche hier nicht von Männern der Wissenschaft, wie Professor Bergmann und Harnack, auf die die Nation stolz ist, die aber nicht mehr ihr allein, sondern der gesamten Menschheit gehören — ich meine auch nicht Kaufleute, die jeder Politik fernstehn, sondern ich meine die Männer, die an der innerrussischen Politik teilnehmen, die vom warmen Platz hinter dem Ofen die Politik des Deutschtums in Rußland beeinflussen, ohne selbst in der Lage zu sein, die Situation in jedem Augenblick zu überschauen. Vom Ausland aus läßt sich die innerrussische Politik nicht leiten, ganz abgesehen davon, daß gerade die hier gemeinte Tätigkeit es ist, die bei allen Russen den Glauben stärkt, die deutsche Regierung beeinflusse die russische. Das Treiben der deutschen Emigranten im Auslande vergrößert das Mißtrauen aller russischen Kreise gegen die in Rußland lebende deutsche Gesellschaft und erschwert deren politische Lage ganz außerordentlich. Wer dem Deutschtum in Rußland helfen will, muß sich persönlich auf das Schlachtfeld nach Rußland begeben und sich vor Pulver und Blei, vor Rasematten und Anfeindungen nicht fürchten, wie es Slawen und Semiten getan haben, die gerade von den russischen Deutschen in Deutschland immer als minderwertig geschildert werden. Man treibe keine Reklame für das Deutschtum, sondern kämpfe dafür!

Im Norden des Westgebiets kämpft das Deutschtum — ein führerloser Haufen — um seine Kultur und Existenz, im Süden, d. h. in Weißrußland, Litauen, Polen und Wolhynien, kämpft das katholische Polentum in straffer Organisation um den Nationalstaat. Ich möchte heute einiges von den Polen erzählen, nachdem ich eben eine Zeit lang in ihrer Mitte zugebracht habe. Dort sieht man, was ein Volk vermag, in dem sich alle Kreise ohne Ausnahme dessen bewußt sind, was sie ihrer Nation schuldig sind. Alle die Spötter und Verächter des nationalen Gedankens und der Kirche können sich in Polen davon überzeugen, welche Gewalt der Idealismus über jeden Materialismus hat, und wie erbärmlich hohl doch im Grunde genommen die Lehre von Marx gegenüber dem Willen

*) Inzwischen ist in Kurland ein Jude gewählt worden!

eines national empfindenden Volkes bleibt. Tatsächlich hat die Sozialdemokratie ihre führende Rolle unter den Polen ausgespielt, wengleich man aus den Vorgängen in Lodz und Warschau auf das Vorhandensein einer starken sozialdemokratischen Organisation schließen muß. Der Wahlkampf spielt sich in Polen vollständig auf nationaler Grundlage ab.

Die politischen Parteien, die sich befehlen, sind folgende: 1. die Sozialdemokraten, 2. die Freisinnigen und 3. die Nationaldemokraten. Zu den Sozialdemokraten gehören die Polska partia socialistyczna (P. P. S.), die polnisch-litauische Arbeiterpartei, der (jüdische) Bund. Eine rein marxistische Auffassung vertritt einzig die polnisch-litauische Arbeiterpartei. Ihr Ideal ist der fortwährende Klassenkampf — sie verleugnen jede nationale Regung, bekämpfen nationale Forderungen als unsittlich, als kulturwidrig. Im jüdischen Bund ist die nationale Regung offiziell als berechtigt anerkannt durch die mächtige Gruppe der zionistischen Bundisten. Diese angeblichen Marxisten geben damit zu, daß der Klassenkampf nicht ausreicht zur Hebung eines Volks, daß vielmehr ein nationales Empfinden notwendig ist, um die ganze Masse des Volks zur Selbstachtung zu erziehen. Im Königreich Polen spielt der sogenannte Reformzionismus keine große Rolle unter den Juden. Die große Masse ist in einer kulturfeindlichen Orthodoxie so verknöchert, daß selbst die alte Richtung des Chassidim, die einen unfehlbaren Rabbi anerkennt, zahlreiche Anhänger hat. Infolgedessen findet nur der messianische, tatenlos hoffende Zionismus Anklang. Die Intelligenz — Ärzte und Juristen — gibt sich einem extremen Freisinn hin, der seinen stärksten Ausdruck findet in einer unglaublichen Demoralisation der Familie. Der polnische Jude ist im Gegensatz zum litauischen und russischen ein minderwertiges, unpolitisches Geschöpf. Darum spielt auch der Bund eine nur sehr geringe Rolle im Zartum. Um so größer ist die Bedeutung der P. P. S. Diese angeblich marxistische Partei vertritt den politischen Standpunkt, daß sich das polnische Proletariat erst dann mit dem Proletariat der andern Völker verbinden dürfe, wenn sich das polnische Sprachgebiet selbständig entwickeln könne — d. h. zu deutsch, wenn ein selbständiger polnischer Staat vorhanden sein würde. Dieser polnische Staat müßte natürlich eine Republik sein. Diesen Grundgedanken wird der deutsche Politiker bei den polnischen Abgeordneten Oberschlesiens wiederfinden. Dieser Grundgedanke hat es möglich gemacht, daß die katholische Geistlichkeit hüben und drüben mit den Vertretern der Richtung Hand in Hand gehen konnte. Die nationale Unterströmung bei den polnischen Sozialdemokraten macht es verständlich, warum sich ihr so weite Kreise zur Verfügung stellen, und warum die polnische besitzende Gesellschaft, die gegenwärtig scheinbar mit der russischen Regierung Hand in Hand arbeitet, nicht gegen den Terrorismus der Partei auftritt, obwohl die Nationaldemokraten bei jeder Gelegenheit beteuern, die Juden seien die Schuldigen. Meine Beobachtung wird auch durch die auffällige Erscheinung beleuchtet, daß sich der Terrorismus ebenso wie die Streiks ausschließlich gegen nichtpolnische Personen und Firmen

richtet. In Lodz haben vorwiegend jüdische und deutsche Fabrikanten zu leiden; in Warschau und Umgebung ausschließlich solche Firmen, die mit ausländischem Kapital arbeiten. Bisher ist noch kein einziger polnischer Ingenieur oder Kaufmann ermordet worden, sondern ausschließlich Russen, Deutsche und Juden. Ist das wirklich ein Zufall? Durchaus nicht! Die Polen wünschen den ausländischen Einfluß in ihrem Lande zu beseitigen durch Vertreibung der ausländischen Kapitalien. Der polnisch-litauische Arbeiterbund, dem auch Juden angehören, ist gegen diese Auffassung, denn er verleugnet den Nationalitätenkampf. Darum werden auch die blutigen Schlachten zwischen den Arbeitern in Lodz geschlagen. Aus dem Kreise der zuletzt genannten internationalen Gruppe kommen die Einigungsversuche mit den Fabrikanten, kommen auch die Rufe nach Abbruch der Revolution. Wohl hat sich nun auch die P. P. S. zum Frieden bereit erklärt, sofern ihre neunzig Vertrauensmänner, die den Fabrikanten bekannt sind, alle wieder in die Fabriken aufgenommen werden. Aber solange diese Forderung nicht erfüllt wird, verhindern sie jede Arbeit. Hoffentlich lassen die Fabrikanten nicht nach. Die Aufnahme der Agitatoren der P. P. S. hieße die revolutionäre Organisation unterstützen. Eine treffliche Charakteristik der P. P. S. finden wir durch die deutschen Genossen auf den verschiedenen Parteitagen. Genosse Auer sagte laut Protokoll über die Verhandlung des Parteitages der sozialdemokratischen Partei zu München (S. 105) am 15. September 1902: „In Polen hat sich eine nationale Bewegung entwickelt, die geradezu überraschend ist, und diese Bewegung hat nicht nur die polnische sogenannte bessere Gesellschaft erfaßt, sondern auch das polnische Proletariat.“ Genosse Gogowski aus Posen (S. 148) meinte, erst nach elf Jahren habe man eingesehen, daß die in Rattowitz von der Partei unterstützte Zeitung *Gazeta Robotnicza* nicht „den Sozialismus, sondern den Nationalismus unter den Polen gefördert hat“. Es ist selbstverständlich, daß die deutschen Sozialdemokraten dennoch für die „nationalistischen“ Genossen eingetreten sind (Jena 1905, Protokoll S. 20 bis 26, 210 bis 211, 221) und damit auch nicht aufgehört haben, obwohl sich die polnische Partei ganz energisch gegen die Tätigkeit des von ihnen entsandten Marxisten Kaprzak in Warschau gewehrt hat. Es ist somit festgestellt, daß die deutschen Sozialdemokraten bewusst nationalpolnische Ziele unterstützt haben. Man wird es insofern auch verstehen, wie traurig die aristokratischen Polen über die Niederlage der deutschen Sozialdemokratie sind.

Die freisinnige Partei in Polen wird von der P. P. S. auf das heftigste bekämpft, obwohl ihr Programm dem der deutschen Revisionisten sehr ähnlich sieht. Aber bei ihr wird jeder polnische oder jüdische Nationalismus verworfen und ein Zusammengeh'n mit der russischen Intelligenz gepredigt. Diese Partei besteht aus russischen Beamten, Juden und einigen wenigen Polen. Aus taktischen Gründen sind dennoch als Kandidaten für die Duma zwei Polen aufgestellt worden (Arzewicki und Swetkowski), in Warschau glaubt man, sie

würden mit Hilfe des Bundes und der wenigen vorhandenen Sozialrevolutionäre gewählt werden. Ich selbst glaube nicht daran, bin vielmehr davon überzeugt, daß in ganz Polen Nationaldemokraten oder Realisten gewählt werden. *)

Die Nationalisten stellen die Partei des gesunden polnischen Volkes dar. Ihre Hauptstützen sind der große und der kleine Grundbesitzer, die Ingenieure, die Lehrer und der Klerus, denen ein treu katholisches Bauernvolk zur Seite steht. In sich ist die Partei nach zwei taktischen Einheiten gespalten: die radikalen, unruhigern Nationaldemokraten und die Partei der realen Politik. Natürlich haben beide ewig Reibereien miteinander, wie ein paar uneingefahrner Pferde, die denselben Karren ziehen sollen. Die zweite Gruppe stellt das letzte Entwicklungsstadium der „Ugodowce“ dar. Obwohl sie tatsächlich Ugodowce sind, das heißt eine Politik mit Hilfe der russischen Machthaber predigen, nennen sie sich Realisten, weil sie in der ersten Duma durch ihr Zusammengehen mit den Kadetten zu sehr in den Verdacht kamen, dem Freisinn zu hulldigen, der Regierung gegenüber aber als Nationalisten, „Allpolen“, kompromittiert sind. Gegenwärtig wird es in Polen als Schande betrachtet, jemals ein „Ugodowce“ gewesen zu sein.

Was die Allpolen wollen, brauche ich kaum auseinanderzusetzen; nicht ganz bekannt dürfte in Deutschland ihre gegenwärtige Politik sein. Diese Politik richtet sich auf drei Gebiete: gegenüber Rußland, gegenüber Deutschland und gegenüber dem eignen Volk. Die Leiter der Politik sitzen in Lemberg und Krakau, ihre Hauptagenten in Warschau, Petersburg und Berlin. Wie sie mit Deutschland umspringen möchten, haben wir in Posen erfahren. In den Städten arbeiten sie mit der Sozialdemokratie, auf dem platten Lande mit dem Klerus. In Rußland ist man vorsichtiger. Sämtliche geistigen und materiellen Kräfte und alle diplomatische Geschicklichkeit sind im Augenblick darauf gerichtet, im Zartum Polen jene kümmerlichen Anfänge einer Selbstverwaltung einzurichten, wie sie in Rußland durch das Sjemstwowstatut von 1890 (Gesetzsammlung Band II, 1) vorhanden sind. Man wird diesen Wunsch der Polen verstehen, wenn man sich daran erinnert, daß nach jenem Statut erstens die Besitzer von etwa 250 Hektaren Land (je nach der Güte des Bodens in den einzelnen Kreisen mehr oder weniger) in erster Linie wahlberechtigt sind, daß zweitens die Bauern nur 40 Prozent der Sjemstwoabgeordneten darstellen können, daß drittens sämtliche Kreis- und Gouvernementsadelsmarschälle — das sind ebenfalls Großgrundbesitzer — ohne weiteres Sitz und Stimme in den Sjemstwoversammlungen haben, und schließlich, daß viertens die Juden grundsätzlich von der Sjemstwoorganisation ausgeschlossen sind. Wollte die Regierung diesem ungeheuer bescheiden aussehenden Wunsch entsprechen, dann würde sie alle Errungenschaften der Agrarreform von 1864 und alle nationalen Einrichtungen bis 1904 mit einem Strich vernichten; denn der Großgrundbesitzer, der heute mit den Bauern einzig durch das ihm höchst lästige Servitutenrecht in Berührung kommt, würde Herr der gesamten

*) Die Wahlen haben inzwischen das vorausgesehene Ergebnis gehabt.

Provinzialverwaltung, ohne durch die Konkurrenz der freisinnigen Juden behindert zu sein.

Die Angelegenheit ist schon früher erwogen worden und sollte derart entschieden werden, daß das Gouvernement mit litauischer Bevölkerung: Suwalki, ferner Teile von Lomsha, Sjedlez und Lublin vom Zartum abgetrennt und gemeinsam mit benachbarten russischen Gouvernements in neue Verwaltungseinheiten umgewandelt werden sollten. Der Rest des Zartums sollte unter Gleichstellung aller seiner Bewohner, also auch der Juden, eigne Selbstverwaltungskörper erhalten. Dann mußte die Frage vor der Flut der Ereignisse ruhen. Erst Ende 1906 hat sich die Regierung in St. Petersburg wieder mit den Polen beschäftigt, nämlich nachdem diese ihre in der ersten Duma vorgetragenen Forderungen nach einer Autonomie Polens fallen gelassen hatten. In der Tat sehen die Forderungen der Polen heute recht bescheiden aus, sind es aber tatsächlich nicht, weil sie darauf hinzielen, den Einfluß des Adels und der Geistlichkeit in dem Umfange wiederherzustellen, wie er vor 1864 bestand. Die Regierung hat die Frage bis zur nächsten Duma vertagt, läßt aber die polnische Gesellschaft im Zartum selbst nach freiem Ermessen wirken. In Warschau und Lodz und wohl auch an andern Orten des Zartums verhält sich die Regierung vollständig passiv. Sie greift immer nur als Rächer ein. Gewiß wird die Sicherheit auf den Straßen durch Militär aufrecht erhalten, wird auch das Eigentum des Besitzenden geschützt. Aber was die revolutionären Gruppen treiben, ob sie einander Schlachten schlagen, ob sie konspirieren, scheint die Behörden nichts anzugehn. Ebenso ist es mit der Literatur. In Warschau ist ein in Petersburg verbotenes Buch über die Revolution in allen Buchläden ausgestellt — womit ich nicht etwa der Zensur das Wort reden, sondern sagen will, daß keine Einheitlichkeit im Vorgehn gegen die Revolution vorhanden ist. Ich bin überzeugt, daß bei den der Regierung zur Verfügung stehenden Mitteln der Anarchie in Polen in zwei Wochen ein Ende gesetzt werden könnte, wenn sich die Regierung nicht auf die Verteidigung beschränken wollte. Ich gehe sogar noch weiter: wollte sich die Regierung nur offen auf die Seite der Arbeitswilligen stellen, dann würde sie mit geringerem Blutvergießen augenblicklich die Ordnung wiederherstellen, als wie es gegenwärtig geschieht. Welche Gründe den Generalgouverneur veranlassen, den Zuschauer zu spielen statt die Arbeitswilligen zu schützen, ist mir unbekannt geblieben. Will er einen Zusammenbruch der Sozialisten verhindern, um die Organisation später gegen den polnischen Nationalismus ausnutzen zu können? Er ginge alsdann wahrlich von falschen Voraussetzungen aus, denn die Ziele der Nationalisten und der polnischen Sozialdemokraten sind, wie gezeigt wurde, noch lange Zeit die gleichen: autonomes Sprachgebiet, Selbstverwaltung, polnischer Staat.

Während die allgemeine Frage bis zum Zusammentritt der Duma ruht, trachten die Nationaldemokraten mit Hilfe der Geistlichkeit die einzelnen Schichten der Gesellschaft mit polnischer Bildung zu durchtränken und sie wirtschaftlich zu organisieren. Diese Tätigkeit macht nun aber nicht Halt an den Grenzen

des Zartums, sondern erstreckt sich über ganz Litauen tief hinein nach Weißrußland und Kurland und über Wolhynien nach Kleinrußland.

Die Zentrale für die Kulturtätigkeit liegt in den Händen der „Macierz polska“ zu Lemberg. Die Gesellschaft hat den Zweck, im polnischen Volk den nationalen Gedanken lebendig zu erhalten, Privatschulen einzurichten, die katholischen Priester in ihrem Einfluß zu heben, die Verbindung der in den drei Teilungsmächten einzeln lebenden Polen untereinander aufrecht zu erhalten. Bis 1905 hat der Verein besonders in Oberschlesien gewirkt und lebhaft teilgenommen an der Redaktion der „sozialdemokratischen“ *Gazeta Robotnicza*, zu der die deutsche Sozialdemokratie jährlich 30 000 Mark beigesteuert hat — deutsche Arbeitergroßchen! Nach den Erlassen vom 17. April und 25. Juli 1905 ist die *Macierz polska* auch öffentlich in Rußland hervorgetreten. In allen Pfarrorten hat der Verein schon polnische Elementarschulen eingerichtet mit dem Programm: Religion, Polnisch, Geschichte und Geographie. In welchem Sinne der Unterricht in diesen Schulen geführt wird, lehrt uns die jüngste (dreiundachtzigste) Veröffentlichung des Vereins „*Polka, obraz i opisy*“ (Polen, Skizzen und Beschreibungen, Band I, 930 Seiten mit 3 Karten und 370 Bildern. Lemberg, 1906). Aus diesem Buche erfahren wir zunächst, welches die polnischen Lande sind. Ihre Grenzen: die Oder, die Ostsee, Duna, Dnjepr, Schwarzes Meer, Karpaten! (S. 6/7) — Seite 139/65 ist der Beschreibung der preussischen „Polen“ gewidmet. Diese Polen sind: unsre braven schlesischen Bauern, die Bamberger Posens, die Bewohner der Weichselniederung, die Kassuben und Masuren, also alle Katholiken Ostdeutschlands. Am Schluß (S. 165) heißt es unter besonderm Hinweis auf die Presse wörtlich: „Ihre Menge und die Zahl der Abnehmer zeugen von der mächtigen Vergrößerung des Leserkreises, aber zugleich auch von der Lebendigkeit der polnischen Idee in den am meisten gefährdeten Teilen.“ Was bedeutet neben diesem Bekenntnis die wiederholte Versicherung polnischer Aristokraten an deutsche, der Glaube an einen polnischen Staat sei erloschen!

Wie gewissenhaft und folgerichtig der Verein vorgeht, zeigt auch eine Enquete, die eins seiner Organe, der *Przeglad Powszechny*, unter der Spitzmarke „Die heutigen Aufgaben des Katholizismus“ (Krakau, 1906, 30 und 514 S.) veröffentlicht hat. Antworten haben zehn Bischöfe, acht Vereine und sechsundsechzig Schriftsteller aller Schattierungen eingesandt. Die Namen der Erzbischöfe Stabilewski, Wikowski, der Schriftsteller Sienkiewicz, Morawski, Klaczko, der Politiker Graf Mieroszewski, Graf Kostworowski, Graf Szczytycki sind darunter. Aus den Ergebnissen der Rundfrage sei hervorgehoben, daß als eine der wesentlichsten Aufgaben der katholischen Kirche bezeichnet wird: „die Unterstützung des Polentums dort, wo es am meisten bedroht ist, in Preußen, Schlesien, Posen, Rußland“ (S. 494). Die beiden verstorbenen Kirchenhirten, Erzbischof Florian Stabilewski und Bischof Wikowski, fügen noch hinzu, die Kirche habe alles jüdische aus dem Volk zu vertreiben (S. 2 und 496). Ich empfehle, es möchte sich ein Verlag zur Über-

setzung der interessanten Sammlung finden — wir Deutschen könnten daraus lernen, wie nahe beieinander die ultramontane und die polnische Gefahr stehn. Weiter würden wir daraus lernen, daß wir gegen diesen Feind mit materiellen Mitteln allein nichts ausrichten, daß wir vielmehr einen energischen Griff in das Schulwesen unsrer Ostmark tun müssen, wollen wir die Anstrengungen der polnischen Gesellschaft nutzlos machen.

Neben der Volksaufklärung beschäftigt man sich bei den Polen mit der Organisation von wirtschaftlichen Vereinen. Die landwirtschaftlichen Vereine (16) sind schon über ganz Polen und Litauen ausgedehnt und nach dem Muster der posenschen Genossenschaften eingerichtet. Außerdem sucht man die Volksmassen den sozialdemokratischen Kassen zu entfremden durch Gründung von Spar- und Vorschußkassen. Soweit es sich um Kassen der P. P. S. handelt, ist deren Übergang an „bürgerliche“ in sieben Fällen nachgewiesen. Die meisten der Kassen sind von Polen aus Posen eingerichtet. Überall tritt der Wunsch zutage, alle Einrichtungen gesellschaftlicher Organisation mit den in Posen bestehenden in Einklang zu bringen, obwohl örtliche Verhältnisse vielfach Schwierigkeiten bereiten. Warum? Um die durch vier verschiedene Landesgesetzgebungen voneinander getrennten Polen durch gleichartige Organisationen der Selbstverwaltung und Gesellschaft ebenso zusammenzuführen wie durch die katholische Kirche.

Die Polen geben wohl zu, wie viel sie von den Deutschen gelernt haben, und daß ihre gesamte moderne Kultur deutschen Ursprungs ist, aber sie trachten diese Gemeinsamkeit nicht auszunutzen, um mit dem Meister in Frieden zu leben und diese Kultur zu verbreiten, sondern suchen ihn mit seinen eignen Waffen zu erschlagen. Deutsche und Polen könnten sehr wohl friedlich beieinander leben, wenn die Polen nicht den wahnsinnigen Ehrgeiz hätten, ihr Reich von Meer zu Meer zu errichten. Darum, deutsche Männer, hinaus auf die Vorposten und scharfen Ausguck gehalten!

St. Petersburg, Februar 1907



Die Dividenden bei den Lebensversicherungsanstalten



ach meiner Kenntnis verteilt die Mehrzahl der deutschen Lebensversicherungs-gesellschaften die Dividende, das ist den jährlichen Geschäftsgewinn (Ersparnis an dem Verwaltungskostenzuschlag, Sterblichkeitsgewinn, Gewinn bei Aufgabe von Versicherungen, Mehreertrag an Zinsen usw.) an die Versicherten, gleichviel ob die versicherte Summe beim Ableben oder schon vorher bei Erreichung eines im voraus bestimmten Lebensalters zahlbar wird, nach der Höhe der von ihnen

Grenzboten I 1907

72